



AgEcon SEARCH
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search
<http://ageconsearch.umn.edu>
aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*



Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung
Georg-August-Universität Göttingen

Juni 2012

Diskussionspapiere

Discussion Papers

Der Kommissionsvorschlag zur GAP-Reform 2013 - aus Sicht von Göttinger und Witzenhäuser Agrarwissenschaftler(inne)n

Diskussionsbeitrag 1208

Sebastian Lakner, Bernhard Brümmer, Stephan von Cramon-Taubadel,
Jürgen Heß, Johannes Isselstein, Ulf Liebe, Rainer Marggraf, Oliver Mußhoff,
Ludwig Theuvsen, Teja Tschardtke, Catrin Westphal und Gerlinde Wiese¹

Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung
Georg-August-Universität Göttingen
D 37073 Göttingen
ISSN 1865-2697

¹ Alle Autoren außer Jürgen Heß sind Mitglieder der Agrarwissenschaftlichen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen, Jürgen Heß ist Mitglied des Fachbereichs 11 Ökologische Agrarwissenschaften der Universität Kassel-Witzenhausen. Ulf Liebe gehört beiden Fakultäten an. **Kontaktadresse:** S. Lakner, Department für Agrarökonomie und Rurale Entwicklung, Platz der Göttinger Sieben 5, 37073 Göttingen, email: slakner@gwdg.de

Inhaltsverzeichnis:

1. Einleitung und Zielsetzung	1
2. Zur Grundausrichtung des Reformvorschlags	2
3. Neudefinition der Direktzahlungen.....	3
3.1 Regelung für Kleinlandwirte.....	3
3.2 Regionalisierte Einheitsprämie	4
3.3 Definition „aktiver Landwirt“	4
3.4 Vereinfachung Cross-Compliance	5
4. Greening der Direktzahlungen	6
4.1 Das Grundprinzip des „Greenings“	6
4.2 Diversifizierung der Anbaufrüchte	9
4.3 Erhalt von Dauergrünland	9
4.4 Ökologische Vorrangfläche	11
4.5 Ausnahme für ökologisch wirtschaftende Betriebe	12
5. Verteilungspolitische Maßnahmen.....	13
5.1 Stufenweise Kürzung und Deckelung der Direktzahlungen.....	13
5.2 Territoriale Kohäsion	14
6. Sonstige Maßnahmen.....	14
6.1 Fakultativ gekoppelte Stützung.....	14
6.2 Regelung für Junglandwirte	15
6.3 Benachteiligte Gebiete	15
6.4 Risikomanagement.....	16
7. Schlussfolgerungen	16
Quellen:.....	17
Anhang I:	20

Abkürzungsverzeichnis:

BMU	Bundesministerium für Umwelt
CC	Cross Compliance
c.p.	Ceteris paribus [lat.], unter sonst gleichen Bedingungen
DG	Directorate General, Abteilung innerhalb der Europäischen Kommission
DZ	Direktzahlungen
EEG	Erneuerbare Energien Gesetz
EU	Europäische Union
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union
ggf.	gegebenenfalls
GL	Grünland
ha	Hektar, 10.000 m ²
kg	Kilogramm
LF	Landwirtschaftliche Nutzfläche
WTO	World Trade Organization

1. Einleitung und Zielsetzung

Es hat in der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) seit 1992 zahlreiche mehr oder weniger erfolgreiche Reformschritte gegeben, die die gemeinsame Agrarpolitik generell liberalisiert, ihre Budget-Kosten reduziert und die handels- und produktionsverzerrenden Wirkungen abgebaut haben. Gleichwohl werden immer noch 42% des EU-Haushaltes für die Agrarpolitik aufgewendet und die Umweltwirkungen werden kontrovers diskutiert. Auch die Verteilung der Direktzahlungen zwischen den Landwirten und zwischen den Mitgliedern der Europäischen Union wird teilweise kontrovers diskutiert. Der Einsatz von marktverzerrenden Instrumenten wie Exportsubventionen wurde zwar reduziert, aber nicht vollständig beendet. Parallel zu den Beschlüssen zur finanziellen Vorausschau 2013-2020 hat die Europäische Kommission unter der Federführung von Agrarkommissar Dacian Cioloș und dem Directorate General für Landwirtschaft (DG Agri) zunächst 2010 in einem Thesenpapier neue Ziele und Herausforderungen für die Agrarpolitik benannt und im Oktober 2011 weitere Gesetzentwürfe für die Reform 2013 vorgelegt (Europäische Kommission 2011).

Die EU-Mitgliedstaaten müssen sich im Zuge des Entscheidungsprozesses zur Reform positionieren. Im Prozess der Positionierung der Bundesregierung, auf deren Grundlage die Verhandlungsstrategie und das Abstimmungsverhalten der Bundesministerin Ilse Aigner im Rat der Europäischen Union basiert, spielt auch der Deutsche Bundestag als wichtigstes Legislativorgan in Deutschland, und speziell der Bundestagsausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eine wichtige Rolle. Das vorliegende Papier ist der Versuch, aus Sicht der verschiedenen agrarwissenschaftlichen Disziplinen der Fakultäten in Göttingen und Witzenhausen zu den Reformentwürfen Stellung zu beziehen.

Die gesammelten Argumente sind in Pro- und Contra-Argumente unterteilt. Daneben haben wir versucht, offene Fragen zu formulieren. Die Argumente sind dabei auch teilweise widersprüchlich, da sie von den Vertretern verschiedener Teildisziplinen formuliert wurden. Daher lässt sich aus diesem Papier keineswegs eine vollständige oder abschließende Analyse des Reformvorschlags ableiten.

Am 11. Januar 2012 fand in Göttingen eine öffentliche Diskussion zwischen dem Bundestagsausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und den Studierenden, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Professoren der Göttinger Fakultät für Agrarwissenschaften über den Entwurf der EU-Kommission zur GAP-Reform 2013 statt. Eine frühere Fassung dieses Papiers diente zunächst als Grundlage für die gemeinsame Diskussion am 11. Januar 2012 in Göttingen und als Sammlung von Argumenten für den Diskussionsprozess innerhalb des Bundestages. Als Wissenschaftler sehen wir uns jedoch auch in der Pflicht, zu einer breiteren öffentlichen Diskussion beizutragen und unsere Erkenntnisse zum Diskurs zur GAP-Reform, der uns vermutlich noch durch die Jahre 2012 und 2013 begleiten wird, beizutragen. Daher haben wir uns dazu entschlossen, diese Sammlung von Analysen, Argumenten und offenen Fragen zu veröffentlichen.

2. Zur Grundausrichtung des Reformvorschlags

Pro Argumente:

- Die Kommission verfolgt den Grundgedanken einer Bindung von Zahlungen an die Landwirte an *gesellschaftliche Leistungen*. Diese grundsätzliche Ausrichtung ist zunächst zu begrüßen.
- Das Aufgreifen des *Themas Umwelt* dürfte in der Bevölkerung auf breite Zustimmung treffen. So zeigen repräsentative Umfragen, dass die EU-Bürger dem Umweltschutz und dem Klimawandel in der Agrarpolitik die zweitwichtigste Priorität einräumen (Siehe Zahlen in Anhang I). 81 % der befragten Bürger sehen den Umweltschutz im Rahmen der Agrarpolitik als Europäische Aufgabe. Dies könnte allerdings dem *Subsidiaritätsprinzip* widersprechen, d.h. neben der Berücksichtigung der Meinung der EU-Bürger muss auch überlegt werden, welche Umweltziele in der Landwirtschaft sachlogisch auf EU-Ebene oder auf nationaler Ebene *effizient* verfolgt und erreicht werden können.

Contra Argumente:

- Die Kommission versäumt es, aus einer Gesamtschau auf die Ziele heraus den *optimalen Instrumenteneinsatz* und den damit verbundenen notwendigen Bedarf an Finanzmitteln abzuleiten.
- *Ineffizienz der Maßnahmen*: Der überwiegende Teil der Maßnahmen (v.a. Greening, Kappung, Definition „aktiver Landwirt“) wird in der Implementierung vermutlich ineffizient sein und ist mit einem hohen Verwaltungsaufwand bei vermutlich geringer Zielerreichung verbunden.
- Daneben werden 70 % der Zahlungen nach wie vor als *Einkommenstransfer* begründet, ohne dass dieses an ein Bedürftigkeitskriterium gebunden wird. Es gibt keine Informationen über eine besondere „Bedürftigkeit“ der Gruppe der Landwirte an sich. Einkommensstatistiken berücksichtigen nur landwirtschaftliche, aber nicht außerlandwirtschaftliche Einkommen. Auch über die Vermögensverhältnisse der Landwirte im Vergleich zu anderen Berufsgruppen gibt es keine systematischen Informationen. Auf dieser Basis erscheinen Einkommenstransfers für die Landwirtschaft nicht zu rechtfertigen. Selbst wenn es eine politische Präferenz für die Zahlungen von Einkommenstransfers an den landwirtschaftlichen Sektor gibt, so kann die Verfolgung eines solchen Zieles effizienter in den Nationalstaaten entschieden und dann auch über die nationalen sozialen Sicherungssysteme administriert werden.
- Cross-Compliance liefert (nach wie vor) *keine hinreichende Begründung für die Direktzahlungen der ersten Säule*.
- Cross-Compliance sollte stärker genutzt werden, um (aktuell zu beobachtende) tatsächliche Verschlechterungen von Umweltzuständen in der Agrarlandschaft wirksamer aufzuhalten. Es wäre daher eine *„Schärfung“ dieses Instruments* zu fordern.

- Das Problem der *Überwälzung der Direktzahlungen auf die Flächeneigentümer* wird mit diesem Reformvorschlag kaum behoben.

Offene Fragen:

- Die Politikziele sind nicht klar und operationalisierbar definiert. Dies erschwert eine Entscheidungsunterstützung bei der Auswahl von Politikmaßnahmen.
- Einige der von der Kommission angeführten gesellschaftlichen Ziele lassen sich nicht klar genug abgrenzen oder die Umsetzung einer Förderung führt zu größeren Marktverzerrungen. Daneben hat die Kommission bisher die Möglichkeit versäumt, die Politikinstrumente in der zweiten Säule über eine Reform effizienter zu gestalten. Gerade die zweite Säule kann langfristig eine bessere und effizientere Zielerreichung gewährleisten (Wissenschaftlicher Beirat 2010) und lässt sich im internationalen Kontext z.B. der Verpflichtungen im Rahmen der World Trade Organization (WTO) besser begründen. Hierfür ist jedoch eine weitreichende Reform der Programme der ländlichen Entwicklung (ELER) notwendig.

3. Neudefinition der Direktzahlungen

3.1 Regelung für Kleinlandwirte

Es soll ein vereinfachtes Antragsverfahren für Kleinlandwirte in den neuen Mitgliedstaaten geben (vgl. Artikel 47 ff. im Entwurf).

Pro Argumente: Grundsätzlich ist der Gedanke Vereinfachungen einzuführen gut, da er eine potenzielle Benachteiligung von Kleinbetrieben ausgleicht. Bürokratiekosten sind nicht größenneutral, sodass kleine Betriebe bei hohem bürokratischem Aufwand c.p. weniger Fördermittel beantragen und somit benachteiligt sein könnten. Insofern könnte eine Vereinfachung der Direktzahlungen für Kleinbetriebe bessere Wettbewerbsbedingungen herstellen.

Contra Argumente: Selbst wenn man diese Maßnahme mit der sozialen Situation vieler sehr kleiner landwirtschaftlicher Betriebe in Osteuropa begründet, fällt auch dieses Ziel in den Bereich Sozialpolitik und der europäische Charakter dieser Maßnahme wird nicht deutlich. Es wäre effizienter auch eine solche Transferleistung für sehr kleine Betriebe auf der Ebene der Nationalstaaten zu entscheiden und zu administrieren.

3.2 Regionalisierte Einheitsprämie

Es ist die Ausgabe neuer Prämienrechte auf Hektarbasis für alle Mitgliedstaaten (als regionalisierte Einheitsprämien) geplant.

Pro Argumente: Das in vielen Mitgliedsstaaten der EU eingeführte „historische Modell“ der Direktzahlungen bedeutete 2005 im Ergebnis eine Fortsetzung der ungleichen Verteilung von gekoppelten Direktzahlungen zwischen verschiedenen Betriebstypen. Gerade die hohe Förderung von intensiven und teilweise umweltschädlichen Produktionsverfahren wurde durch das historische Modell fortgesetzt. Die Ausgabe neuer Prämienrechte könnte diese Ungleichheit beenden.

Contra Argumente: Bei einer regionalisierten Einheitsprämie ist das Ausmaß der Überwälzung an die Grundeigentümer wesentlich größer als bei einer zeitlich begrenzten, historisch begründeten Prämienzahlung.

Offene Fragen: Die Umsetzung soll durch Ausgabe neuer Zahlungsansprüche 2014 geschehen. Dies kann steuerliche Probleme sowie Probleme bei Pachtverträgen verursachen, in denen die Zahlungsansprüche Teil des Pachtgegenstandes sind.

3.3 Definition „aktiver Landwirt“

Prämienrechte erhalten nur Landwirte, bei denen die Direktzahlungen mindestens 5 % des außerlandwirtschaftlichen Einkommens beträgt. Ausgenommen sind Betriebe, bei denen die Direktzahlungen im Vorjahr unter 5.000 Euro lagen (vgl. Artikel 9 Entwurf).

Pro-Argumente: Die Prämien sollen auf die Menschen konzentriert werden, die ihren Lebensunterhalt hauptsächlich in der Landwirtschaft verdienen. Allerdings erscheint die Definition „aktiver Landwirt“ willkürlich und lässt Fragen offen.

Contra-Argumente: Für den Erhalt der Prämienzahlung muss das außerlandwirtschaftliche Einkommen belegt werden. Hierzu müssen vermutlich Einkommenssteuererklärungen geprüft werden. Dies dürfte den Prozess der Prüfung der aktiven Landwirtschaft zeitlich stark in die Länge ziehen. Insgesamt erscheint der bürokratische Aufwand die Maßnahme nicht zu rechtfertigen, weil die Grundidee nicht klar ist (so auch Grajewski *et al.* 2011, S. 34, siehe auch offene Fragen). Daneben motivieren derartige Regelungen in erheblichem Maße zu passgenauen Konstruktionen und kommen vor allem findigen Beratern zugute.

Offene Fragen: Es kommt darauf an, ob die Grundidee der Direktzahlungen ein *Einkommenstransfer* ist oder eine durch *gesellschaftliche Leistung* motivierte Zahlung darstellt. Für letzteres spielt es keine Rolle, ob ein Zahnarzt eine gesellschaftliche Leistung erbringt oder ein Landwirt im Haupterwerb. Wenn die Zahlung als Einkommenstransfer an Landwirte motiviert ist, macht es ggf. Sinn, die Zahlungen auf die Landwirte zu konzentrieren, die ihren Lebensunterhalt hauptsächlich im Bereich Landwirtschaft bestreiten. Es stellt sich auch die Frage, ob Landschaftspflegeverbände prämienerberechtigt sind. Dies wäre vor allem relevant, wenn die Direktzahlungen durch gesellschaftliche Leistungen

motiviert sind, weil viele gesellschaftliche Leistungen im Naturschutz und in der Landschaftspflege inzwischen von Landschaftspflegeverbänden erbracht werden.

3.4 Vereinfachung Cross-Compliance

Die Vereinfachung der Kontrollvorschriften sowie Angleichung von erster und zweiter Säule. Daneben ist Integration von Klimaschutz in Cross-Compliance (CC) geplant.

Pro Argumente: Cross-Compliance könnte grundsätzlich als sinnvolles Instrument zur Kontrolle der ordnungsrechtlichen Vorgaben genutzt werden und könnte ggf. auch geschärft werden.

Contra Argumente: Cross-Compliance ist letztlich nichts anderes als eine spezielle Form der Durchsetzung eines ohnehin gesetzlich vorgegebenen Rahmens. Hier erscheint der Ansatz, zunächst allen Betroffenen Zahlungen zu gewähren, um dann nur im aufgedeckten „Sündenfall“ Zahlungen zu verwehren, absurd. Sollte man allen Autofahrern eine Direktzahlung geben, und diese dann im Fall einer Tempolimit-Überschreitung wieder einsammeln (Beispiel von S. Tangermann)?

4. Greening der Direktzahlungen

4.1 Das Grundprinzip des „Greenings“

Im Prinzip werden 30 % der Zahlungen über bestimmte Maßnahmen (s.u.) ökologisch begründet. Die Betriebe sind zum Erhalt der Direktzahlungen verpflichtet, die Greening-Maßnahmen einzuhalten.

Pro Argumente: Die Kommission bemüht sich damit, gesellschaftlichen Erwartungen an die europäische Landwirtschaft entgegenzukommen (Siehe Anhang I). Dies ist sinnvoll im Sinne einer langfristigen Sicherung der gesellschaftlichen Akzeptanz der Landwirtschaft, wie auch der gesellschaftlichen Akzeptanz der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP).

Es gibt bei einigen ökologischen Problemen wenige Fortschritte in den letzten Jahren. Wenn man z.B. die Nachhaltigkeitsindikatoren der Bundesregierung mit Bezug zur Landwirtschaft studiert, ist festzustellen, dass sich der Status dieser Indikatoren nicht verbessert hat. In Abbildung 1 sind exemplarisch die Indikatoren für Biodiversität (der allgemeine Biodiversitäts-Index und der Teilindex für Agrarökosysteme²) dargestellt:

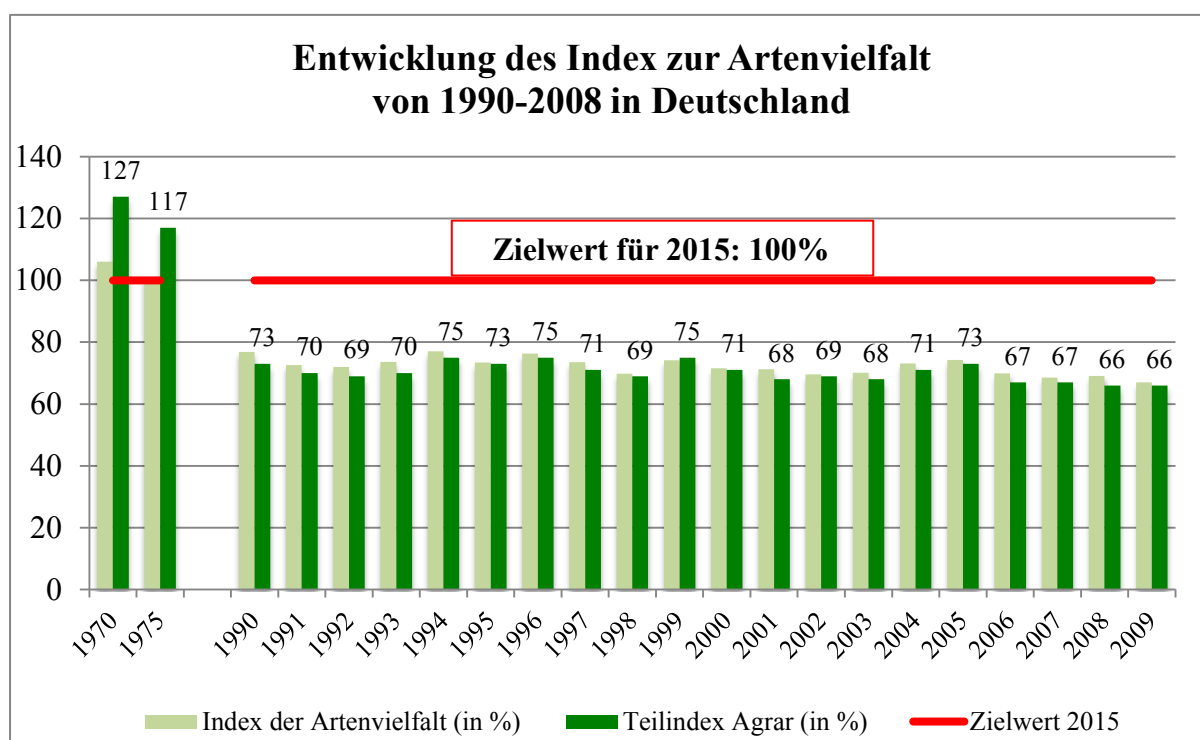


Abbildung 1: Entwicklung des Index zur Artenvielfalt von 1990-2009 in Deutschland (Statistisches Bundesamt 2012)

Es wird deutlich, dass sich der Teilindex Agrar seit einigen Jahren konstant unterhalb 70 % bewegt. Ein Aufwärtstrend ist nicht absehbar.

² Der Teilindex Agrar beschreibt den bundesweiten Bestand von 10 für landwirtschaftliche Ökosysteme typischen Vogelarten (Umweltbundesamt 2011: S. 86). Es wird unterstellt, dass das Vorkommen dieser Arten repräsentativ für die Biodiversität in Agrarökosystemen ist.

Der Indikator Stickstoff zeigt dagegen im Jahr 2009 eine leicht positive Tendenz, sodass im Bericht des Umweltministeriums optimistisch vermerkt wird, dass bei einer Fortsetzung des Trends im Zieljahr 2010 71 % „der erforderlichen Wegstrecke zurück gelegt sein kann“ (BMU 2012: S. 40). Als Ursache nennt das Ministerium die 2007 überarbeiteten Düngemittelverordnung (*ebenda*). Die Abbildung 2 zeigt die langfristige Entwicklung des Indikators Stickstoffüberschuss je Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche:

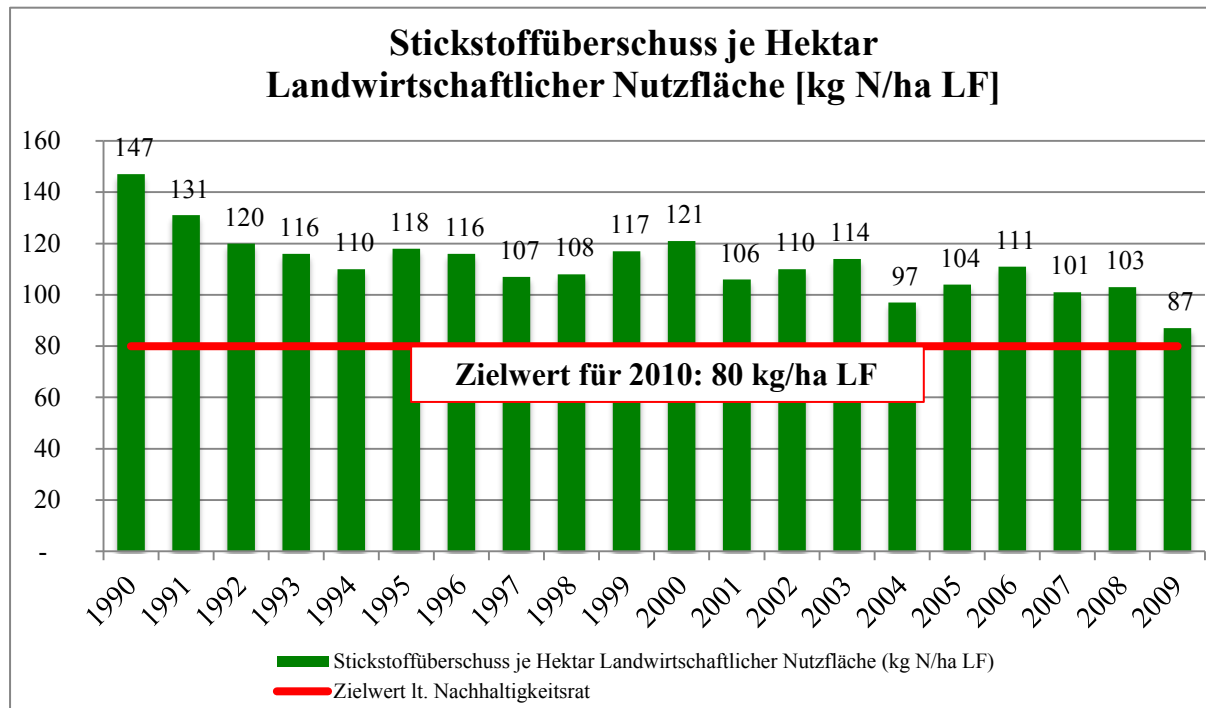


Abbildung 2: Entwicklung des durchschnittlichen Stickstoffüberschuss pro Hektar in Deutschland (Statistisches Bundesamt 2012)

Aus wissenschaftlicher Sicht sind Zweifel angebracht, ob sich dieser Trend in den Hochpreisjahren 2010 und 2011 in dieser Form fortsetzt, da niedrige internationale Agrarpreise (wie in 2009) erfahrungsgemäß die Nachfrage nach und den Einsatz von Düngemitteln verringern. Andererseits ist die Höhe des N-Überschusses von der Erntemenge abhängig, die in 2009 in verschiedenen Kulturen recht hoch ausgefallen ist. Insofern kann aus dem verbesserten Ergebnis des Jahres 2009 noch kein langfristiger Trend herausgelesen werden.

Insgesamt könnte eine umweltpolitische Begründung der Zahlungen der ersten Säule sinnvoll sein. D.h. das Ziel der Maßnahme erscheint wichtig, wenngleich damit noch nichts über die Sinnhaftigkeit des vorgeschlagenen Instrumentariums ausgesagt wird.

Contra Argumente: Es ist fraglich, ob eine Implementierung von Umweltmaßnahmen in der ersten Säule ein effizientes Instrument zur Erreichung von Umweltzielen ist. Die pauschale Festlegung von Umweltmaßnahmen auf jeden Betrieb ungeachtet der regionalen Besonderheiten und der betriebsspezifischen Opportunitätskosten kann als Gießkannen-Prinzip bezeichnet werden. Daneben könnte der Erreichungsgrad und die Akzeptanz von Agrarumweltmaßnahmen gesteigert werden, wenn man freiwillige betriebliche

Entscheidungen mit berücksichtigt und Umweltmaßnahmen anbietet, die von den Betrieben auf freiwilliger Basis wahrgenommen werden können.

Der Europäische Rechnungshof (Sonderbericht Nr. 7/2011) moniert u.a. gerade die fehlende Wirksamkeit vieler breit angelegter „hellgrüner“ Agrarumweltmaßnahmen. Gerade diese sollen nun aber Greening-Maßnahmen werden. Anstatt spezifischere und wirksamere Maßnahmen mit Priorisierung und Gebietskulissen zu fördern, werden flächendeckende, nur wenig oder gar nicht wirksame Maßnahmen gefördert.

Erste Berechnungen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume in Schleswig-Holstein zeigen, dass ein großer Teil der dortigen Betriebe die Greening-Vorgaben ohnehin einhält (Rumpf 2012). Geht man davon aus, dass v.a. die Anbaudiversität und das Umbruchverbot für Grünland bereits eingehalten werden, so können die betrieblichen Kosten für die Umsetzung des Greenings hauptsächlich auf die ökologische Vorrangfläche bezogen werden. Eine einfache Überschlagsrechnung von Matzdorf (2012) zeigt, dass für die Umsetzung der ökologischen Vorrangflächen *theoretisch* bis zu 1.200 €/ha zur Verfügung stünden³. Für diesen Betrag wäre es auch möglich in Regionen mit hohem Ertragspotenzial spezifische freiwillige Agrarumweltprogramme mit einer an den lokal hohen Opportunitätskosten orientierten Prämie anzubieten.

Nach Angaben der Wirkungsanalysen der Europäischen Union entstehen durch die Greening-Maßnahmen in Deutschland auf den landwirtschaftlichen Betrieben durchschnittlich Kosten in Höhe von 49 €/ha (Europäische Kommission 2011b, S. 22). Die Greening-Komponente der Direktzahlung liegt jedoch bei etwa 90 €/ha. Regional variieren die Kosten von Greening zwar in Abhängigkeit von Ertragspotenzial und Absatzmöglichkeiten, allerdings dürfte insgesamt klar sein, dass die Greening-Komponente sich kaum an den lokalen Opportunitätskosten der Betriebe orientiert und somit bei vielen Betrieben Mitnahme-Effekte entstehen. Dies wirft im Hinblick auf die Effizienz und Zielgenauigkeit der Greening-Maßnahmen Fragen auf.

Offene Fragen: Es sollte ein Innovationsfonds zur Unterstützung von Investitionen in besonders umweltgerechte (und langfristig auch ökonomisch sinnvolle) Landbaupraktiken eingerichtet werden. Damit könnten Risiken bei Umstellungspraktiken aufgefangen werden.

Das Greening könnte die Umweltmaßnahmen der zweiten Säule schwächen. Da 30 % der Direktzahlungen der Umwelt zugutekommen, steht zu erwarten, dass die Ausgaben für Agrarumweltmaßnahmen reduziert werden. Des Weiteren könnte es sein, dass die Bereitschaft der Landwirte zur Teilnahme an Agrarumweltmaßnahmen sinkt.

³ Die Berechnung geht davon aus, dass Anbau-Diversität und Grünlandumbruch bereits eingehalten werden. Bei einem 100 ha Betrieb müssen 7 Hektar als ökologische Vorrangfläche aus der Produktion genommen werden. Der Betrieb erhält 9.000 € über die Greening-Komponente ($30\% * 300 \text{ €/ha} * 100 \text{ ha}$). Verteilt auf 7 Hektar sind dies 1.286 €/ha ökologische Vorrangfläche (nach Angaben von Matzdorf 2011).

4.2 Diversifizierung der Anbaufrüchte

Auf betriebseigenem Ackerland von mehr als 3 Hektar müssen mindestens 3 Früchte angebaut werden. Eine Frucht muss mindestens 5 % des Ackerlands einnehmen, keine Frucht darf mehr als 70 % des Ackerlandes einnehmen (vgl. Artikel 30 im Entwurf).

Pro Argumente: Die Verengung von Fruchtfolgen (gerade im Zuge der Weiterentwicklung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) in Deutschland) stellt ein stark wahrgenommenes Umweltproblem dar. D.h. das Ziel der Maßnahme erscheint sinnvoll, wenngleich damit noch nichts über die Sinnhaftigkeit des vorgeschlagenen Instrumentariums ausgesagt wird.

Contra Argumente: Die Realisierung von Spezialisierungsgewinnen wird damit zumindest teilweise eingeschränkt.

Die Umsetzung als jährliche Maßnahme, drei Früchte anzubauen, erfüllt nicht die phytohygienischen Anforderungen an Fruchtfolgen. So könnten z.B. 70 % Mais trotz der Maßnahme weiterhin Jahr für Jahr auf denselben Flächen angebaut werden.

Offene Fragen: Die Grenze von 70 % ist auch im Hinblick auf andere Fruchtfolgefunktionen wenig restriktiv. Es wäre aus Sicht einer ausgewogenen Fruchtfolge, die als Funktionen eine lokal ausgewogene Nährstoffbilanz und die Vorbeugung gegen Pflanzenkrankheiten und gegen Schädlinge beinhaltet, ggf. sogar sinnvoll eine Begrenzung von 33 % zu fordern.

4.3 Erhalt von Dauergrünland

Kein Umbruch von betrieblichen Flächen, die 2014 als Dauergrünland gemeldet sind (vgl. Artikel 31 im Entwurf).

Pro Argumente: In Deutschland konnte zwischen 2003 und 2008 ein Rückgang des Dauergrünlands von 4,1 % festgestellt werden. In Tabelle 1 ist die Entwicklung der Grünlandanteile in den Bundesländern von 2003-2008 dargestellt.

Tabelle 1 Entwicklung des Grünlandanteils in den Bundesländern 2003-2008

Bundesland	Grünlandfläche [in 1.000 ha]		Veränderung GL-Anteil
	2003	2008	
Baden-Württemberg	567	549	- 3,2%
Bayern	1.151	1.122	- 2,5%
Brandenburg und Berlin	296	283	- 4,2%
Hessen	299	295	- 1,5%
Mecklenburg-Vorpommern	278	261	- 6,1%
Niedersachsen / HB	764	723	- 5,4%
Nordrhein-Westfalen	463	439	- 5,0%
Rheinland-Pfalz	251	235	- 6,4%
Saarland	42	40	- 4,1%
Sachsen	192	189	- 2,0%
Sachsen-Anhalt	179	172	- 3,6%
Schleswig-Holstein / HH	363	335	- 7,7%
Thüringen	181	179	- 0,9%
Deutschland	5.024	4.821	- 4,1%

Quelle: Bundesamt für Naturschutz 2009: S. 5

Dauergrünland gehört in vielen Agrarlandschaften zu den artenreichsten Lebensräumen, gerade auch, wenn es nur extensiv genutzt wird. Im Hinblick auf naturschutzpolitische Ziele erscheint diese Maßnahme grundsätzlich sinnvoll.

Contra Argumente: Grünland per se hat sicher ökologische Vorteile gegenüber anders genutzter Fläche, z.B. Ackerland. Unberücksichtigt bleibt bei dieser Vorgabe jedoch, dass es innerhalb des Grünlands (zumindest bei der wenig präzisen Definition, was darunter zu verstehen ist) eine sehr große Variation im Hinblick auf positive Umwelteffekte gibt. So unterscheidet sich manches, sehr intensiv bewirtschaftete, hoch gedüngte und regelmäßig umgebrochene Grünland nicht unbedingt vom Ackerland.

Des Weiteren fördert die Festsetzung des Referenzjahres 2014 bis dahin den Grünlandumbruch mit allen Mitteln *vor* 2014.

Offene Fragen: Welche ökologischen Effekte des Grünlanderhalts wirken auf überregionaler bzw. gar supranationaler Ebene, sodass eine EU-weite Regelung sinnvoll erschiene?

Es wäre ggf. sinnvoll, den Termin des Verbots von Grünlandumbruch vorzulegen, um ggf. einem „vorsorglichen Grünlandumbruch“ vorzubeugen.

Daneben sollte auch darüber nachgedacht werden, ob nicht Grünland über Beweidungsprogramme o.ä. „zurückgeholt“ werden könnte.

4.4 Ökologische Vorrangfläche

7 % der Flächen eines Betriebes sollen als ökologische Vorrangflächen ausgewiesen werden (vgl. Artikel 32 im Entwurf)

Pro Argumente: Grundsätzlich gibt es das Problem, dass in vielen Regionen durch intensive landwirtschaftliche Nutzung ausgeräumte und artenarme Landschaften entstanden sind, in denen keine oder nur sehr wenige Lebensräume für Tier- und Pflanzenarten vorhanden sind, die das Überleben der Populationen sichern (Benton *et al.* 2002; Benton *et al.* 2003). Zudem sind diese Biotop oft unzureichend vernetzt, sodass kein Austausch zwischen den Populationen besteht und die (Wieder-) Besiedlung geeigneter Lebensräume oft nicht möglich ist (Tschardtke *et al.* 2012). Insofern erscheint das Ziel dieser Maßnahme sinnvoll.

Diese Maßnahme könnte in sehr intensiv genutzten Landschaften einen sehr viel höheren Zusatznutzen erzielen als in bunten, artenreichen Landschaften (Tschardtke *et al.* 2005, 2012). Zudem ist es für den Erhalt einer großen Artenvielfalt und ihrer Ökosystemleistungen wichtig, dass in allen Regionen ökologische Vorrangflächen ausgewiesen werden, da nur so der mit der Region sich verändernden Zusammensetzung von Lebensgemeinschaften Rechnung getragen werden kann (Tschardtke *et al.* 2012).

Agrarumweltmaßnahmen bzw. die Auswahl der ökologischen Vorrangflächen können auch an die Landschaftsstruktur und die Ziel-Artengruppen angepasst werden (Batary *et al.* 2011). Agrarumweltmaßnahmen sind effizienter in einfachen als in komplexen Agrarlandschaften (Tschardtke *et al.* 2005; Holzschuh *et al.* 2007). Denn komplexe und diverse Landschaften beherbergen ohnehin (auch ohne zusätzliche Maßnahmen) eine große funktionelle Biodiversität (z.B. biologische Schädlingskontrolle und Bestäubung) (Bianchi *et al.* 2006; Holzschuh *et al.* 2008). Der Artenreichtum komplexer Landschaften wird nicht geprägt durch lokalen Reichtum in einzelnen Lebensräumen (*alpha* Diversität), sondern durch die Unterschiedlichkeit der Lebensgemeinschaften (*beta* Diversität) und Lebensräume in der Landschaft (Tschardtke *et al.* 2005; 2012, Clough *et al.* 2007). Deshalb sollte die regionale Diversität genutzt werden und lieber viele verschiedene Lebensräume mittelmäßig gemanagt werden als ein Lebensraum auf höchstem Niveau.

Daneben gibt es eine ähnliche Zielvorgabe im Bundesnaturschutzgesetz (§ 20), das die Schaffung eines Biotopverbundes auf 10 % der Landesfläche vorsieht.

Contra Argumente: Es wäre grundsätzlich sinnvoller, das Ziel der Bereitstellung von 7 % Vorrangflächen über Vertragsnaturschutz und Agrarumweltmaßnahmen anzustreben, da Betriebe Umweltziele auf der Basis von freiwilligen Vereinbarungen besser in ihr Betriebskonzept integrieren können.

Sowohl Kosten als auch Nutzen der ökologischen Vorrangflächen sind regional extrem heterogen, sodass eine EU-weit einheitliche Regelung unsinnig erscheint.

Gerade mit Blick auf Hohertragsstandorte erscheint diese Forderung nicht vereinbar mit dem zunehmenden Bedarf an Nahrungs- und Futtermitteln sowie landwirtschaftlich erzeugter Biomasse.

Die Maßnahme wird zu erheblichen Pachtpreissteigerungen führen, vor allem in jenen Regionen, in denen Flächen traditionell sehr knapp sind (z.B. in den Veredelungsstandorten in der Region Weser-Ems, aber auch an anderen Schwerpunkten der Biogasproduktion wie z.B. im Landkreis Soltau-Fallingb.ostel).

Offene Fragen: Wie lässt sich eine Verbesserung der Wirksamkeit von ökologischen Vorrangflächen regional angepasst erreichen, unter Berücksichtigung von regionalen Kosten (Opportunitätskosten) und Nutzen?

Betriebe könnten in anderen Regionen ertragsarme Flächen dazu pachten/kaufen, um die Vorgaben der 7 % ökologische Vorrangflächen auf Betriebsebene zu erfüllen. Dies könnte dazu führen, dass Artenvielfalt und Landschaftsstruktur *nicht* in intensiv genutzten und strukturarmen Regionen entsteht, sondern in Regionen mit geringerem Ertragspotenzial, in denen ohnehin über Agrarumweltprogramme Landschaftsstrukturen vorhanden sind.

4.5 Ausnahme für ökologisch wirtschaftende Betriebe

Die ökologisch wirtschaftenden Betriebe werden von den Greening-Auflagen befreit (vgl. Artikel 29 (4) im Entwurf)

Pro Argumente: Die Ausnahme von ökologischen Betrieben ist sinnvoll, da ökologische Betriebe i.d.R. mit vielfältigen Fruchtfolgen arbeiten und Biodiversitätsleistungen, die über die Vorrangflächen von konventionellen Betrieben separat erbracht werden sollen, innerhalb der Anbauverfahren bereitstellen.

Contra Argumente: Neben ökologischen Betrieben erbringen auch konventionelle Betriebe, die an Agrarumweltprogrammen teilnehmen, in hohem Maße Umweltleistungen, sodass auch bei diesen Betrieben die Erbringung von Umweltleistungen verlangt wird, die bereits über die betriebliche Ausrichtung erbracht werden. Allerdings ist das System „ökologischer Landbau“ klar definiert, abgrenzbar und kontrollierbar, während die Inanspruchnahme von Agrarumweltprogrammen auf Einzelflächen keine grundsätzliche Aussage über die Umweltfreundlichkeit des Gesamtbetriebes zulässt. Eine gezielte Extensivierung ist auch auf nur wenigen Flächen möglich, sodass sich diese Betriebsgruppe schlechter ausnehmen lässt. Bei Betrieben mit einem hohem Grünland-Anteil wäre eine solche Ausnahme allerdings denkbar.

Offene Fragen: Die Ausnahme der ökologisch wirtschaftenden Betriebe lässt sich mit den ökologischen Leistungen dieser Betriebe begründen. Daneben könnte die Ausnahme auch mit einer doppelten Kontrolle begründet werden. Allerdings zeigt diese Ausnahme, wie unsystematisch das Greening in der ersten Säule ist, da es Überschneidungen mit Umweltleistungen der zweiten Säule gibt. Es ist unklar, inwieweit sich die Anrechnung der in der ersten Säule finanzierten Umweltleistungen für das Greening sich *reduzierend* auf die Zahlungen der zweiten Säule auswirken. Eine solche Anrechnung könnte sich sowohl für ökologische Betriebe und als auch für Betriebe, die an Agrarumweltmaßnahmen teilnehmen, negativ auswirken.

5. Verteilungspolitische Maßnahmen

5.1 Stufenweise Kürzung und Deckelung der Direktzahlungen

In der ersten Säule werden abhängig vom Empfang der Direktzahlungen (DZ) Kürzungen vorgenommen. Kürzung der DZ bei Betrieben, die 150.000-200.000 € DZ erhalten, um 20 %, bei Betrieben, die zwischen 200.000-250.000 € DZ erhalten, um 40 % und bei Betrieben, die zwischen 250.000-300.000 € DZ erhalten, um 70 %. Allerdings ist eine Abzugsfähigkeit der gezahlten Löhne von der Kürzung der DZ möglich (vgl. Artikel 11 (1) im Entwurf).

Pro Argumente: Sollten die Direktzahlungen langfristig *einkommenspolitisch* fundiert und begründet sein (was bisher nicht der Fall ist), so könnte eine solche Kürzung möglicherweise einkommenspolitische Schieflogen ausgleichen. Allerdings erscheint das gewählte Modell derart grob, dass die Maßnahme vermutlich kaum zu einer solchen Zielerreichung beitragen kann.

Contra Argumente: Wenn ein Anteil der Direktzahlungen mit den gesellschaftlichen Leistungen der Landnutzung gerechtfertigt wird, ist zumindest für diesen Teil eine Kürzung oder Deckelung nicht ohne weiteres zu rechtfertigen – es ist jedenfalls nicht per se offensichtlich, dass diese Leistungen negativ mit der Betriebsgröße korreliert sind. Auch der einkommenspolitisch motivierte Teil der Direktzahlungen ist nicht automatisch bei „zu großen“ Betrieben zu kürzen. Einkommenstransfers haben die tatsächliche Bedürftigkeit des Leistungsempfängers zu Grunde zu legen.

Grundsätzlich sind verteilungspolitische Maßnahmen weitaus effizienter über die nationalen Steuersysteme, wie z.B. über die Progressionstabelle der Einkommenssteuer in Deutschland zu administrieren.

Wirksamkeit der Maßnahme: Ein weiterer Kritikpunkt an der Kürzung ist das Verhältnis zwischen dem hohen administrativen Aufwand und der potenziell geringen Wirksamkeit: In Deutschland erhalten aktuell etwa 4.500 Betriebe mehr als 150.000 € (Europäische Kommission 2012)⁴. Es könnten lt. Angaben des Deutschen Bauernverbandes bei Berücksichtigung von Lohnkosten nur etwa 70-80 Betriebe von Kürzungen betroffen sein, allerdings müssten alle anderen 4.420 Betriebe einen Nachweis über die Lohnkosten führen (Petersen, 2011, mündl. Aussage). Auch eine Modellierung speziell für ostdeutsche Betriebe kommt zu dem Ergebnis, dass eher wenige Betriebe betroffen wären (Sahrbacher *et al.* 2011). Geringe eingesparte Mittel stehen insofern hohen administrativen Kosten gegenüber.

Anpassungsmaßnahmen: Es ist unklar, wie sich die betroffenen Betriebe an diese Maßnahme rechtlich anpassen werden. Derartige Regelungen motivieren in erheblichem Maße zu Ausweichmanövern, führen daher am Ende meist zu nichts und kommen vor allem findigen Beratern zugute. Insofern erscheint das gewählte Instrument ineffizient und sollte nicht angewandt werden.

⁴ Ob am Ende tatsächlich 4.500 Betriebe Anträge stellen müssen oder nicht, hängt von einigen unsicheren Faktoren wie etwa dem Anpassungsverhalten der Landwirte ab.

Intensivierung der Tierhaltung: Die Berechnungen von Sahrbacher *et al.* (2011) zeigen, dass eine Kappung der Direktzahlungen im Zeitablauf zu einer Intensivierung der Tierhaltung auf den betroffenen Betrieben führen kann, da Betriebe tendenziell einen Anreiz für eine Investition in arbeitsintensive Verfahren haben, die unter anderem im Bereich der intensiven Tierhaltung zu finden sind.

Offene Fragen: Es wurden keine genannt

5.2 Territoriale Kohäsion

Die Angleichung der Zahlungshöhe je ha zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten

Pro Argumente: Die wahrgenommene Gerechtigkeit in den Direktzahlungen nimmt zu.

Contra Argumente: Die Zahlungshöhe sollte anhand von Bedürftigkeit (Einkommenskomponente) bzw. Zielbeitrag (öffentliche Güter) abgeleitet werden. Aufgrund der Unterschiede im Ausmaß der Zielerreichung in der Ausgangssituation ergäbe sich hieraus zwingend eine unterschiedliche Prämienhöhe. Eine „mechanische Angleichung“ ist daher eher eine sachlich nicht gerechtfertigte „*Gleichmacherei*“.

Ferner wird die wahrgenommene Gerechtigkeit aufgrund der von der Kommission vorgeschlagenen Angleichung bestenfalls nur marginal zunehmen: konkret ist lediglich vorgesehen, dass in allen Mitgliedsländern, in denen die Direktzahlungen pro Hektar unter 90 % des EU-Durchschnitts liegen, der Abstand zu dieser 90 %-Marke um ein Drittel reduziert werden soll. Daneben verlieren einige der neuen EU-Mitgliedsländer, die durch diese Maßnahmen gewinnen sollen, Prämienvolumen durch die Stufenweise Kürzung und Deckelung der Direktzahlungen, da in diesen Ländern viele besonders große Betriebe wirtschaften.

Offene Fragen: Es wurden keine genannt.

6. Sonstige Maßnahmen

6.1 Fakultativ gekoppelte Stützung

Die Mitgliedsstaaten dürfen bis zu 10 % der jährlichen nationalen Obergrenze an Hand von nationalen Prioritäten als gekoppelte Prämie zahlen (vgl. Artikel 38/39 im Entwurf).

Pro Argumente: Es gibt tatsächlich Sachverhalte, wie z.B. die Tierhaltung zum Zwecke des Naturschutzes (EU-Biodiversitätsstrategie, Natura 2000), die sinnvolle und auf öffentliche Güter ausgerichtete „Kopplungs-Tatbestände“ darstellen.

Contra Argumente: Diese Re-Kopplung von Direktzahlungen erscheint ein Rückschritt im Gegensatz zu vorherigen Reformen. Im Rahmen von Not-Programmen, die auf besondere Situationen reagieren, könnte dies gerechtfertigt sein. Allerdings wäre auch hier die Frage, warum solche Politiken einen europäischen Charakter haben und nicht von nationalen Regierungen beschlossen und administriert werden. Daneben sind gekoppelte Zahlungen aus

ordnungspolitischer Sicht abzulehnen. Sie verzerren zudem den Wettbewerb innerhalb der EU und Schwächen die Position der EU in den WTO-Verhandlungen.

Offene Fragen: Die nationalen Envelopes könnten nach Ribbe (2012) bei vorhandenem politischen Willen Möglichkeiten bieten, Zahlungen stärker auf öffentliche Güter, d.h. Umwelt- und Naturschutz auszurichten. Der Artikel 38 nennt eine Reihe von Produktionsverfahren und -sektoren, für die diese gekoppelten Direktzahlungen angewandt werden können⁵. Allerdings müssten in einem solchen Fall Sektoren und Regionen definiert werden, in denen sich lt. Artikel 38 (2) spezifische Landwirtschaftsformen bzw. Agrarsektoren *in Schwierigkeiten* befinden. Insofern ist unklar, in wieweit sich auf öffentliche Güter zielgerichtete Politiken definieren lassen.

6.2 Regelung für Junglandwirte

2 % der Zahlungen werden an Junglandwirte (< 40 Jahre) als Aufschlag gezahlt. Dieser Aufschlag wird für 5 Jahre bei Aufnahme einer landwirtschaftlichen Tätigkeit gezahlt (vgl. Artikel 36 im Entwurf).

Pro Argumente: Es wurden keine genannt.

Contra Argumente: Die Begründung dieser Maßnahme ist unklar, daneben können Lernkosten mit diesen Zahlungen nicht kompensiert werden.

Offene Fragen: Es wurden keine genannt.

6.3 Benachteiligte Gebiete

Die Nationalstaaten können 5 % ihrer Direktzahlungen als Zahlungen für Betriebe in Gebieten mit naturbedingten Benachteiligungen bereitstellen (Artikel 34 im Entwurf)

Pro Argumente: Diese Maßnahme ist sinnvoll, wenn eine gesellschaftliche Relevanz gezeigt werden kann.

Contra Argumente: Von Zahlungen für benachteiligte Gebiete gehen teils erhebliche Arbeitseinsatz- und Produktionseffekte aus. Da die pauschale Stützung den regional sehr unterschiedlichen Problemen in den Gebieten kaum gerecht werden kann, ist das Instrument eher wenig geeignet.

Offene Fragen: Die Abgrenzung der Gebietskulisse ist schwierig und führt ggf. zu lokal verzerrten Zahlungen.

⁵ Getreide, Ölsaaten, Eiweißpflanzen, Körnerleguminosen, Flachs, Hanf, Reis, Schalenfrüchte, Stärkekartoffeln, Milch und Milcherzeugnisse, Saatgut, Schaf- und Ziegenfleisch, Rindfleisch, Olivenöl, Seidenraupen, Trockenfutter, Hopfen, Zuckerrüben, Zuckerrohr und Zichorien, Obst und Gemüse sowie Niederwald mit Kurzumtrieb.

6.4 Risikomanagement

Einführung von Versicherungen für Wetterschäden, Pflanzen- und Tierseuchen im Rahmen der II. Säule

Pro Argumente: Es wurden keine genannt.

Contra Argumente: Risikomanagement ist zunächst einmal einzelbetriebliche Aufgabe. Versicherungslösungen sind typischerweise (jenseits der Hagelversicherung) nicht für Landwirte attraktiv, weil die faire Prämie zu hoch liegt. Wird hingegen die Attraktivität einer Versicherung durch eine hinreichend große Subventionierung der Prämie gesteigert, ergibt sich gerade in risikoreichen Regionen ein relativ starker Anreiz zur Ausweitung der Erzeugung, sodass es zu einer Verzerrung der Wettbewerbsfähigkeit im interregionalen wie auch internationalen Vergleich kommt.

Das angedachte Einkommensstabilisierungstool, wenn es denn aus dem EU-Budget finanziert wird, führt zu zusätzlichen Geldflüssen innerhalb der EU von Nord nach Süd, weil aufgrund der natürlichen Rahmenbedingungen die Einkommensschwankungen Richtung Süden zunehmen. Kofinanzierung mildert dies nur unwesentlich ab.

Offene Fragen: Es wurden keine genannt.

7. Schlussfolgerungen

Es zeigt sich, dass selbst innerhalb der Agrarwissenschaften die Beurteilung der Maßnahmenvorschläge teilweise konträr ausfällt. Die Beurteilung hängt dabei auch vom disziplinären Standpunkt ab. Allerdings gibt es zwischen den Teildisziplinen auch eine sehr große Einigkeit, dass Politikmaßnahmen *effizient* und *zielgerichtet* gestaltet sein sollten. Im vorliegenden Papier wurde dargelegt, dass einige der von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen zwar auf fachlich gut begründbare Ziele abstellen (v.a. Greening). So gibt es im Hinblick auf Umweltziele in der Agrarpolitik nach wie vor Handlungsbedarf. Allerdings sind bei der angedachten Umsetzung in konkrete Maßnahmen (trotz fachlicher Begründung der Ziele) im Hinblick auf Effizienz und Treffsicherheit große Zweifel angebracht. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung hat bereits 2010 darauf hingewiesen, dass die zweite Säule (bei auch hier vorhandenem Reformbedarf) *günstigere Möglichkeiten* z.B. zur Erreichung von Politikzielen im Bereich Biodiversität bietet (Wissenschaftlicher Beirat 2010: S. 21).

Daneben bleiben trotz der sehr detaillierten Verordnungsentwürfe noch einige offene Fragen und es ist zu vermuten, dass die Umsetzung einiger Maßnahmen auf nationaler Ebene unterschiedlich ausfallen wird.

- Es ist aus den Kommissionsvorschlägen nicht absehbar, wie die **Greening-Maßnahmen** am Ende ausgestaltet werden. Es kann vermutet werden, dass sich die Mitgliedsstaaten Spielraum bei der Umsetzung der Maßnahmen aushandeln werden. Auf einen solchen vergrößerten Spielraum deutet auch das sog. „Menü-Papier“ der Agrarminister einiger Mitgliedsstaaten im Rat der Europäischen Union vom

27.04.2012 hin (Rat der Europäischen Union 2012). Hierzu ist auch eine intensive Diskussion zwischen den Mitgliedsstaaten (vgl. Agra-Europe 2011 u. 2012) und innerhalb des Europäischen Parlaments im Gange. So wird etwa diskutiert, inwieweit zweite Säule-Programme auf die ökologischen Vorrangflächen anrechenbar sind. Dies zeigt auch das Papier der Agrarminister einiger Mitgliedsländer, das im Bereich des Greening deutlich mehr Wahlmöglichkeiten auf nationaler Ebene lässt.

- Wie ernst meint es die Kommission mit den **Entwürfen zur Deckelung**, die in der jetzigen Form möglicherweise ein sehr ineffizientes Instrument der Umverteilung darstellen? Es könnte durchaus sein, dass dieser Politikentwurf nur als „Soll-Bruchstelle“ für die Verhandlungen eingebaut wurde, was bekanntermaßen nicht das erste Mal gewesen wäre.
- In wieweit könnte die **Euro-Krise** mittelfristig doch auf die GAP-Reform-Diskussion abstrahlen? Bisher sind Einsparungen im EU-Agrarbudget nur in Form eines nicht-durchgeführten Inflationsaufschlages vorgenommen worden. Allerdings merkt Tangermann (2011) an, dass 7 % effektive Einsparungen auf EU-Ebene im starken Widerspruch zu den sonstigen makroökonomischen Anstrengungen für Haushaltskonsolidierungen in Europa stehen.

Schließlich wurde aufgrund der Debattenbeiträge der Bundestagsabgeordneten deutlich, dass vor allem für das **Nitratproblem** kaum angemessene Politikvorschläge gebracht wurden. Hier würden effektivere Kontrollen, die gezielt auf das Problem von Stickstoffausträgen aus dem System angepasst wären, einiges verbessern (wie in Punkt 3.4).

Schließlich ist bereits mehrfach darauf hingewiesen worden, dass die Vorschläge vermutlich nicht rechtzeitig, d.h. am 01. Januar 2014 in Kraft treten (Brümmer 2011). Bereits der Verordnungsentwurf wurde verspätet veröffentlicht. Daneben konnten sich Rat und Parlament bisher nicht auf den finanziellen Rahmen 2014-2020 einigen. Daher bleibt nicht nur offen, welche Reformvorschläge schließlich umgesetzt werden, sondern auch ob sie 2014 oder erst 2015 in Kraft treten werden.

Quellen:

Agra-Europe (2011): UK may seek to ‘get out’ of CAP Pillar Two Schemes, *Agra-Europe* vom 20.12.2011, Informa UK Ltd

Agra-Europe (2012): ‘Ecological focus area’ plan misunderstood, *Agra-Europe* vom 24.01.2012, 8, Informa UK Ltd

Batary, P., B. Andras, D. Kleijn & T. Tschardtke (2011): Landscape-moderated biodiversity effects of agri-environmental management: a meta-analysis. *Proceedings of the Royal Society B-Biological Sciences*, 278, 1894-1902.

Benton, T.G., D.M. Bryant, L. Cole & H.Q.P. Crick (2002): Linking agricultural practice to insect and bird populations: a historical study over three decades. *Journal of Applied Ecology*, 39, 673-687.

Benton, T.G., J.A. Vickery & J.D. Wilson (2003): Farmland biodiversity: is habitat heterogeneity the key? *Trends in Ecology & Evolution*, 18, 182-188.

- Bianchi, F., C.J.H. Booij & T. Tscharntke (2006): Sustainable pest regulation in agricultural landscapes: a review on landscape composition, biodiversity and natural pest control. *Proceedings of the Royal Society B-Biological Sciences*, 273, 1715-1727.
- Brümmer, B. (2011): Greening und die GAP-Reform – Auswirkungen für die Milchviehhaltung, Vortrag auf der 6. Göttinger Fachtagung für Milchwirtschaft am 08.12.2011, Göttingen, <http://www.uni-goettingen.de/de/195001.html>, letzter Zugriff 01.06.2012
- Bundesamt für Naturschutz (2009): Where have all the flowers gone? - Grünland im Umbruch, Hintergrundpapier und Empfehlungen des Bundesamtes für Naturschutz, Bonn, url: http://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/themen/landwirtschaft/Gruenlandumb_ruch_end.pdf, letzter Zugriff am 11.06.2012
- Bundesministerium für Umwelt (2009): Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009, Bundesgesetzblatt I, 2009, S. 2542, das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 6. Februar 2012 (BGBl. I S. 148) geändert worden ist
- Bundesministerium für Umwelt (2012): Indikatorenbericht zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2012, Bundesministerium für Umwelt (BMU), Berlin, url: http://www.bmu.de/nachhaltige_entwicklung/downloads/doc/36995.php , zuletzt abgerufen am 04.06.2012
- Clough, Y., Holzschuh, A., Gabriel, D., Purtauf, T., Kleijn, D., Kruess, A., Steffan-Dewenter, I. & Tscharntke, T. (2007): Alpha and beta diversity of arthropods and plants in organically and conventionally managed wheat fields. *Journal of Applied Ecology*, 44, 804-812.
- Europäische Kommission (2011a): Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates mit Vorschriften über Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (KOM(2011) 625 endgültig/2), url: http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/legal-proposals/com625/625_de.pdf, letzter Zugriff 06.01.2012
- Europäische Kommission (2011b): Greening – Results of partial analysis on impact on farm income using FADN (Impact Assessment Common Agricultural Policy Towards 2020 (Annex 2D)), Commission Staff Working Paper, Brussels, 20.10.2011 SEC(2011) 1153 final/2, url: http://ec.europa.eu/agriculture/analysis/perspec/cap-2020/impact-assessment/annex2d_en.pdf, letzter Zugriff 31.05.2012
- Europäische Kommission (2012): Distribution of direct aid to farmers, European Commission. Report on the distribution of direct aids to agricultural producers (financial year 2010) and Indicative Figures on the Distribution of aid, by Size-Class of Aid, url: http://ec.europa.eu/agriculture/funding/directaid/distribution_en.htm letzter Zugriff am 30.05.2012.
- Europäischer Rechnungshof (2011): Wie gut sind Konzeption und Verwaltung der geförderten Agrarumweltmaßnahmen, Sonderbericht Nr.7/2011, Luxemburg, (doi:10.2865/41173), url: <http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/8772748.PDF>, letzter Zugriff am 06.01.2012
- Grajewski, R., M. Bathke, A. Bergschmidt, K. Bormann, W. Eberhardt, H. Ebers, B. Fährmann, B. Fengler, A. Fitschen-Lischewski, B. Forstner, W. Kleinhanss, H. Nitsch, B. Osterburg, R. Plankl, P. Raue, K. Reiter, N. Röder, A. Sander, T. Schmidt, A. Tietz, & P. Weingarten (2011): Ländliche Entwicklungspolitik ab 2014 Eine Bewertung der Verordnungsvorschläge der Europäischen Kommission vom Oktober 2011, Arbeitsberichte aus der vTI-Agrarökonomie 08/2011, Braunschweig.
- Holzschuh, A., I. Steffan-Dewenter, D. Kleijn & T. Tscharntke (2007): Diversity of flower-visiting bees in cereal fields: effects of farming system, landscape composition and regional context. *Journal of Applied Ecology*, 44, 41-49.
- Holzschuh A., I. Steffan-Dewenter & T. Tscharntke (2008): Agricultural landscapes with organic crops support higher pollinator diversity. *Oikos*, 117, 354-361.
- Matzdorf, B. (2011): Potential der ersten und zweiten Säule der GAP für die Umsetzung von Umweltmaßnahme. Vortrag. Ladenburg: 28.-29.11.2011.

www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/themen/landwirtschaft/vortrag_matzdorf.pdf
letzter Zugriff am 11.05.2012

- Petersen, V. (2011): Position des Raiffeisenverbandes zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik 2013, Vortrag am 01. Dezember 2011, Berlin
- Rat der Europäischen Union (2012): Greening Instruments - Menu for Member States within EU framework - Working Paper (26.04.2012) der Minister der Mitgliedsländer Österreich, Belgien, Tschechien Estland, Finnland, Frankreich, Deutschland, Irland, Lettland, Luxemburg, Niederlande, Polen, Slowenien, Spanien, Schweden für den Europäischen Rat vom 27. April 2012, Interinstitutional File: 2011/0280 (COD),
url: <http://www.endseurope.com/docs/120501a.pdf> letzter Zugriff 04.06.2012
- Ribbe, L. (2012): GAP Reform - Möglichkeiten der Direktzahlungsverordnung für mehr Umwelt- und Naturschutz in der 1. Säule, Hintergrundpapier von Euronatur e.V., nicht veröffentlicht.
- Rumpf, J. (2012) GAP nach 2013: Greening –Bürokratie ohne grünen Mehrwert oder effiziente Honorierung von Umweltzielen? Vortrag der Landwirtschaftsministerin Dr. Juliane Rumpf, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (MLULR), Flintbek: 29.03.2012, url: http://www.schleswig-holstein.de/AFNU/DE/Service/Dokumentationen/ein_node.html, letzter Zugriff am 11.05.2012
- Sahrbacher, C., A. Balmann, A. Ostermeyer & F. Schönau (2011): GAP-Reformvorschläge der EU-Kommission: Was sind die Auswirkungen einer Kappung der Direktzahlungen?, *IAMO Policy Brief* Nr. 5, Dezember 2011,
url: <http://www.iamo.de/dok/IAMOPolicyBrief5.pdf> , letzter Zugriff am 06.01.2011
- Statistisches Bundesamt (2012): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland - Daten zum Indikatorenbericht 2012, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
- Tangermann, S. (2011): CAP 2020: Is Europe really losing touch with reality?, *Agra-Europe* vom 1. November 2011, 24/25
- Tscharntke, T., A.M. Klein, A. Kruess, I. Steffan-Dewenter & C. Thies (2005): Landscape perspectives on agricultural intensification and biodiversity - ecosystem service management. *Ecology Letters*, 8, 857-874.
- Tscharntke, T., Y. Clough, T.C. Wanger, L. Jackson, I. Motzke, I. Perfecto, J. Vandermeer, A. Whitbread (2012): Global food security, biodiversity conservation and the future of agricultural intensification. *Biological Conservation*, published online, doi:10.1016/j.biocon.2012.01.068.
- Tscharntke, T., J.M. Tylianakis, T.A. Rand, R.K. Didham, L. Fahrig, P. Batáry, J. Bengtsson, Y. Clough, T.O. Crist, C.F. Dormann, R.M. Ewers, J. Fründ, R.D. Holt, A. Holzschuh, A.M. Klein, D. Kleijn, C. Kremen, D.A. Landis, W. Laurance, D. Lindenmayer, C. Scherber, N. Sodhi, I. Steffan-Dewenter, C. Thies, W.H. van der Putten & C. Westphal (2012): Landscape moderation of biodiversity patterns and processes - eight hypotheses. *Biological Reviews*, published online, DOI: 10.1111/j.1469-185X.2011.00216.x.
- Umweltbundesamt (2011): Daten zur Umwelt (Ausgabe 2011), Studie, Bonn,
url: <http://www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de>,
letzter Zugriff 21.02.2011
- Wissenschaftlicher Beirat (2010): Gutachten die EU-Agrarpolitik nach 2013 – Plädoyer für eine neue Politik für Ernährung, Landwirtschaft und ländliche Räume, Mai 2010, Berlin

Anhang I:

Ausgewählte Befunde zur Bewertung der EU-Agrarpolitik

Eurobarometer – in **2009** Befragung von jeweils 1.000 Bürgerinnen und Bürgern der 27 EU-Mitgliedsstaaten zu ihrer Meinung über Landwirtschaft und die gemeinsame EU-Agrarpolitik (Eurobarometer Spezial 2009)

Eurobarometer Spezial, 2009: Europäer, Landwirtschaft und gemeinsame Agrarpolitik.
(abrufbar: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb_special_339_320_en.htm)

Ergebnisse bezogen auf Deutschland

I

Haben Sie schon einmal von GAP, der Gemeinsamen Agrarpolitik und Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums der Europäischen Union, gehört oder gelesen?

- 10% Ja, und Sie wissen, worum es sich handelt.
- 20% Ja, aber Sie wissen nicht genau, worum es sich handelt.
- 69% Nein
- 1% Weiß nicht / Keine Angabe

II

Ich lese Ihnen jetzt einige Aufgaben von Agrarpolitik und Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes vor. Bitte sagen Sie mir zu jedem Thema, ob das Ihrer Ansicht nach Aufgabe der Politik auf Europäischer Ebene, auf nationaler Ebene oder auf regionaler bzw. lokaler Ebene ist.

Den Landwirten einen angemessenen Lebensstandard sichern

- 53% Europa
- 34% Nation
- 8% Region
- 5% Weiß nicht/keine Angabe

Die Förderung ländlicher Gebiete bei gleichzeitiger Erhaltung der Landschaft

- 48% Europa
- 32% Nation
- 16% Region
- 4% Weiß nicht/keine Angabe

Die Umwelt schützen und den Klimawandel bekämpfen

- 81% Europa
- 13% Nation
- 4% Region
- 2% Weiß nicht/keine Angabe

III

Welcher der folgenden Aufgaben sollte die Europäische Union im Rahmen ihrer Agrarpolitik und ihrer Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes die höchste Priorität einräumen? Hauptpriorität?

- 34% Gewährleisten, dass landwirtschaftliche Produkte von guter Qualität, gesund und unbedenklich sind.
- 19% **Die Umwelt schützen und den Klimawandel bekämpfen.**
- 15% Den Landwirten einen angemessenen Lebensstandard sichern.

IV

Ich werde Ihnen jetzt die neuen Ziele der Europäischen Union im Bereich der Agrarpolitik und der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes vorlesen. Bitte sagen Sie mir für jedes dieser Ziele, ob Sie dieses für eine sehr gute Sache, eine ziemlich gute Sache, eine ziemlich schlechte Sache oder für eine sehr schlechte Sache halten:

Unterstützung der Landwirte bei der Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels

- 56% sehr gut
- 37% ziemlich gut

Landwirte ermutigen, ihre Produktion an die Marktnachfrage anzupassen

- 50% sehr gut
- 37% ziemlich gut

Gerechtere Verteilung landwirtschaftlicher Hilfen

- 57% sehr gut
- 36% ziemlich gut

Finanzielle Unterstützung für Landwirte davon abhängig machen, ob bestimmte Regeln des Umweltschutzes, der Nahrungsmittelsicherheit und der artgerechten Tierhaltung eingehalten werden

- 62% sehr gut
- 32% ziemlich gut

Erhalt der Landschaft

- 71% sehr gut
- 27% ziemlich gut

Wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Gebieten

- 47% sehr gut
- 45% ziemlich gut

V

Im Agrarsektor kann das Einkommen der Landwirte aufgrund von Markt- und Wetterbedingungen von Jahr zu Jahr erheblich variieren. Die Europäische Union zahlt den Landwirten derzeit Subventionen, um ihnen ein stabileres Einkommen zu ermöglichen. Sind Sie

36% voll und ganz dafür

43% eher dafür

VI

Die EU gibt ungefähr 40 Prozent ihres gesamten Haushalts für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung aus. Dies entspricht etwa 1% des Gesamthaushaltes aller Mitgliedstaaten. Finden Sie diesen Anteil zu gering, angemessen oder zu hoch?

22% zu gering

45% angemessen

18% zu hoch

15% weiß nicht/keine Angabe

VII

Und wenn Sie an die nächsten zehn Jahre denken: Sollten die Subventionen der Europäischen Union an Landwirte erhöht oder reduziert werden oder sollten sie unverändert bleiben?

24% erhöht

23% reduziert

40% unverändert

13% weiß nicht/keine Angabe



Diskussionspapiere

2000 bis 31. Mai 2006

Institut für Agrarökonomie

Georg-August-Universität, Göttingen

<u>2000</u>		
0001	Brandes, Wilhelm	Über Selbstorganisation in Planspielen: ein Erfahrungsbericht, 2000
0002	von Cramon-Taubadel, Stephan u. Jochen Meyer	Asymmetric Price Transmission: Factor Artefact?, 2000
<u>2001</u>		
0101	Leserer, Michael	Zur Stochastik sequentieller Entscheidungen, 2001
0102	Molua, Ernest	The Economic Impacts of Global Climate Change on African Agriculture, 2001
0103	Birner, Regina et al.	„Ich kaufe, also will ich?": eine interdisziplinäre Analyse der Entscheidung für oder gegen den Kauf besonders tier- u. umweltfreundlich erzeugter Lebensmittel, 2001
0104	Wilkins, Ingrid	Wertschöpfung von Großschutzgebieten: Befragung von Besuchern des Nationalparks Unteres Odertal als Baustein einer Kosten-Nutzen-Analyse, 2001
<u>2002</u>		
0201	Grethe, Harald	Optionen für die Verlagerung von Haushaltsmitteln aus der ersten in die zweite Säule der EU-Agrarpolitik, 2002
0202	Spiller, Achim u. Matthias Schramm	Farm Audit als Element des Midterm-Review : zugleich ein Beitrag zur Ökonomie von Qualitätssicherungssystemen, 2002
<u>2003</u>		
0301	Lüth, Maren et al.	Qualitätssignaling in der Gastronomie, 2003
0302	Jahn, Gabriele, Martina Peupert u. Achim Spiller	Einstellungen deutscher Landwirte zum QS-System: Ergebnisse einer ersten Sondierungsstudie, 2003
0303	Theuvsen, Ludwig	Kooperationen in der Landwirtschaft: Formen, Wirkungen und aktuelle Bedeutung, 2003
0304	Jahn, Gabriele	Zur Glaubwürdigkeit von Zertifizierungssystemen: eine ökonomische Analyse der Kontrollvalidität, 2003
<u>2004</u>		
0401	Meyer, Jochen u. Stephan von Cramon- Taubadel	Asymmetric Price Transmission: a Survey, 2004

0402	Barkmann, Jan u. Rainer Marggraf	The Long-Term Protection of Biological Diversity: Lessons from Market Ethics, 2004
0403	Bahrs, Enno	VAT as an Impediment to Implementing Efficient Agricultural Marketing Structures in Transition Countries, 2004
0404	Spiller, Achim, Torsten Staack u. Anke Zühlsdorf	Absatzwege für landwirtschaftliche Spezialitäten: Potenziale des Mehrkanalvertriebs, 2004
0405	Spiller, Achim u. Torsten Staack	Brand Orientation in der deutschen Ernährungswirtschaft: Ergebnisse einer explorativen Online-Befragung, 2004
0406	Gerlach, Sabine u. Berit Köhler	Supplier Relationship Management im Agribusiness: ein Konzept zur Messung der Geschäftsbeziehungsqualität, 2004
0407	Inderhees, Philipp et al.	Determinanten der Kundenzufriedenheit im Fleischerfachhandel
0408	Lüth, Maren et al.	Köche als Kunden: Direktvermarktung landwirtschaftlicher Spezialitäten an die Gastronomie, 2004
<u>2005</u>		
0501	Spiller, Achim, Julia Engelken u. Sabine Gerlach	Zur Zukunft des Bio-Fachhandels: eine Befragung von Bio-Intensivkäufern, 2005
0502	Groth, Markus	Verpackungsabgaben und Verpackungslizenzen als Alternative für ökologisch nachteilige Einweggetränkeverpackungen? Eine umweltökonomische Diskussion, 2005
0503	Freese, Jan u. Henning Steinmann	Ergebnisse des Projektes 'Randstreifen als Strukturelemente in der intensiv genutzten Agrarlandschaft Wolfenbüttels', Nichtteilnehmerbefragung NAU 2003, 2005
0504	Jahn, Gabriele, Matthias Schramm u. Achim Spiller	Institutional Change in Quality Assurance: the Case of Organic Farming in Germany, 2005
0505	Gerlach, Sabine, Raphael Kennerknecht u. Achim Spiller	Die Zukunft des Großhandels in der Bio-Wertschöpfungskette, 2005
<u>2006</u>		
0601	Heß, Sebastian, Holger Bergmann u. Lüder Sudmann	Die Förderung alternativer Energien: eine kritische Bestandsaufnahme, 2006
0602	Gerlach, Sabine u. Achim Spiller	Anwohnerkonflikte bei landwirtschaftlichen Stallbauten: Hintergründe und Einflussfaktoren; Ergebnisse einer empirischen Analyse, 2006
0603	Glenk, Klaus	Design and Application of Choice Experiment Surveys in So-Called Developing Countries: Issues and Challenges, 2006

0604	Bolten, Jan, Raphael Kennerknecht u. Achim Spiller	Erfolgsfaktoren im Naturkostfachhandel: Ergebnisse einer empirischen Analyse, 2006 (entfällt)
0605	Hasan, Yousra	Einkaufsverhalten und Kundengruppen bei Direktvermarktern in Deutschland: Ergebnisse einer empirischen Analyse, 2006
0606	Lülfs, Frederike u. Achim Spiller	Kunden(un-)zufriedenheit in der Schulverpflegung: Ergebnisse einer vergleichenden Schulbefragung, 2006
0607	Schulze, Holger, Friederike Albersmeier u. Achim Spiller	Risikoorientierte Prüfung in Zertifizierungssystemen der Land- und Ernährungswirtschaft, 2006
<u>2007</u>		
0701	Buchs, Ann Kathrin u. Jörg Jasper	For whose Benefit? Benefit-Sharing within Contractual ABC-Agreements from an Economic Perspective: the Example of Pharmaceutical Bioprospection, 2007
0702	Böhm, Justus et al.	Preis-Qualitäts-Relationen im Lebensmittelmarkt: eine Analyse auf Basis der Testergebnisse Stiftung Warentest, 2007
0703	Hurlin, Jörg u. Holger Schulze	Möglichkeiten und Grenzen der Qualitäts-sicherung in der Wildfleischvermarktung, 2007
Ab Heft 4, 2007:		Diskussionspapiere (Discussion Papers), Department für Agrarökonomie und RURale Entwicklung Georg-August-Universität, Göttingen (ISSN 1865-2697)
0704	Stockebrand, Nina u. Achim Spiller	Agrarstudium in Göttingen: Fakultätsimage und Studienwahlentscheidungen; Erstsemesterbefragung im WS 2006/2007
0705	Bahrs, Enno, Jobst-Henrik Held u. Jochen Thiering	Auswirkungen der Bioenergieproduktion auf die Agrarpolitik sowie auf Anreizstrukturen in der Landwirtschaft: eine partielle Analyse bedeutender Fragestellungen anhand der Beispielregion Niedersachsen
0706	Yan, Jiong, Jan Barkmann u. Rainer Marggraf	Chinese tourist preferences for nature based destinations – a choice experiment analysis
<u>2008</u>		
0801	Joswig, Anette u. Anke Zühlsdorf	Marketing für Reformhäuser: Senioren als Zielgruppe
0802	Schulze, Holger u. Achim Spiller	Qualitätssicherungssysteme in der europäischen Agri-Food Chain: Ein Rückblick auf das letzte Jahrzehnt
0803	Gille, Claudia u. Achim Spiller	Kundenzufriedenheit in der Pensionspferdehaltung: eine empirische Studie

0804	Voss, Julian u. Achim Spiller	Die Wahl des richtigen Vertriebswegs in den Vorleistungsindustrien der Landwirtschaft – Konzeptionelle Überlegungen und empirische Ergebnisse
0805	Gille, Claudia u. Achim Spiller	Agrarstudium in Göttingen. Erstsemester- und Studienverlaufsbefragung im WS 2007/2008
0806	Schulze, Birgit, Christian Wocken u. Achim Spiller	(Dis)loyalty in the German dairy industry. A supplier relationship management view Empirical evidence and management implications
0807	Brümmer, Bernhard, Ulrich Köster u. Jens- Peter Loy	Tendenzen auf dem Weltgetreidemarkt: Anhaltender Boom oder kurzfristige Spekulationsblase?
0808	Schlecht, Stephanie, Friederike Albersmeier u. Achim Spiller	Konflikte bei landwirtschaftlichen Stallbauprojekten: Eine empirische Untersuchung zum Bedrohungspotential kritischer Stakeholder
0809	Lülfs-Baden, Frederike u. Achim Spiller	Steuerungsmechanismen im deutschen Schulverpflegungsmarkt: eine institutionenökonomische Analyse
0810	Deimel, Mark, Ludwig Theuvsen u. Christof Ebbeskotte	Von der Wertschöpfungskette zum Netzwerk: Methodische Ansätze zur Analyse des Verbundsystems der Veredelungswirtschaft Nordwestdeutschlands
0811	Albersmeier, Friederike u. Achim Spiller	Supply Chain Reputation in der Fleischwirtschaft
<u>2009</u>		
0901	Bahlmann, Jan, Achim Spiller u. Cord-Herwig Plumeyer	Status quo und Akzeptanz von Internet-basierten Informationssystemen: Ergebnisse einer empirischen Analyse in der deutschen Veredelungswirtschaft
0902	Gille, Claudia u. Achim Spiller	Agrarstudium in Göttingen. Eine vergleichende Untersuchung der Erstsemester der Jahre 2006-2009
0903	Gawron, Jana-Christina u. Ludwig Theuvsen	„Zertifizierungssysteme des Agribusiness im interkulturellen Kontext – Forschungsstand und Darstellung der kulturellen Unterschiede“
0904	Raupach, Katharina u. Rainer Marggraf	Verbraucherschutz vor dem Schimmelpilzgift Deoxynivalenol in Getreideprodukten Aktuelle Situation und Verbesserungsmöglichkeiten
0905	Busch, Anika u. Rainer Marggraf	Analyse der deutschen globalen Waldpolitik im Kontext der Klimarahmenkonvention und des Übereinkommens über die Biologische Vielfalt
0906	Zschache, Ulrike, Stephan v. Cramon-Taubadel u. Ludwig Theuvsen	Die öffentliche Auseinandersetzung über Bioenergie in den Massenmedien - Diskursanalytische Grundlagen und erste Ergebnisse
0907	Onumah, Edward E., Gabriele Hoerstgen-Schwark u. Bernhard Brümmer	Productivity of hired and family labour and determinants of technical inefficiency in Ghana's fish farms

0908	Onumah, Edward E., Stephan Wessels, Nina Wildenhayn, Gabriele Hoerstgen-Schwark u. Bernhard Brümmer	Effects of stocking density and photoperiod manipulation in relation to estradiol profile to enhance spawning activity in female Nile tilapia
0909	Steffen, Nina, Stephanie Schlecht u. Achim Spiller	Ausgestaltung von Milchlieferverträgen nach der Quote
0910	Steffen, Nina, Stephanie Schlecht u. Achim Spiller	Das Preisfindungssystem von Genossenschaftsmolkereien
0911	Granoszewski, Karol, Christian Reise, Achim Spiller u. Oliver Mußhoff	Entscheidungsverhalten landwirtschaftlicher Betriebsleiter bei Bioenergie-Investitionen - Erste Ergebnisse einer empirischen Untersuchung -
0912	Albersmeier, Friederike, Daniel Mörlein u. Achim Spiller	Zur Wahrnehmung der Qualität von Schweinefleisch beim Kunden
0913	Ihle, Rico, Bernhard Brümmer u. Stanley R. Thompson	Spatial Market Integration in the EU Beef and Veal Sector: Policy Decoupling and Export Bans
<u>2010</u>		
1001	Heß, Sebastian, Stephan von Cramon- Taubadel u. Stefan Sperlich	Numbers for Pascal: Explaining differences in the estimated Benefits of the Doha Development Agenda
1002	Deimel, Ingke, Justus Böhm u. Birgit Schulze	Low Meat Consumption als Vorstufe zum Vegetarismus? Eine qualitative Studie zu den Motivstrukturen geringen Fleischkonsums
1003	Franz, Annabell u. Beate Nowak	Functional food consumption in Germany: A lifestyle segmentation study
1004	Deimel, Mark u. Ludwig Theuvsen	Standortvorteil Nordwestdeutschland? Eine Untersuchung zum Einfluss von Netzwerk- und Clusterstrukturen in der Schweinefleischerzeugung
1005	Niens, Christine u. Rainer Marggraf	Ökonomische Bewertung von Kindergesundheit in der Umweltpolitik - Aktuelle Ansätze und ihre Grenzen
1006	Hellberg-Bahr, Anneke, Martin Pfeuffer, Nina Steffen, Achim Spiller u. Bernhard Brümmer	Preisbildungssysteme in der Milchwirtschaft -Ein Überblick über die Supply Chain Milch
1007	Steffen, Nina, Stephanie Schlecht, Hans-Christian Müller u. Achim Spiller	Wie viel Vertrag braucht die deutsche Milchwirtschaft?- Erste Überlegungen zur Ausgestaltung des Contract Designs nach der Quote aus Sicht der Molkereien

1008	Prehn, Sören, Bernhard Brümmer u. Stanley R. Thompson	Payment Decoupling and the Intra – European Calf Trade
1009	Maza, Byron, Jan Barkmann, Frank von Walter u. Rainer Marggraf	Modelling smallholders production and agricultural income in the area of the Biosphere reserve “Podocarpus - El Cóndor”, Ecuador
1010	Busse, Stefan, Bernhard Brümmer u. Rico Ihle	Interdependencies between Fossil Fuel and Renewable Energy Markets: The German Biodiesel Market
<u>2011</u>		
1101	Mylius, Donata, Simon Küest, Christian Klapp u. Ludwig Theuvsen	Der Großvieheinheitenschlüssel im Stallbaurecht - Überblick und vergleichende Analyse der Abstandsregelungen in der TA Luft und in den VDI-Richtlinien
1102	Klapp, Christian, Lukas Obermeyer u. Frank Thoms	Der Vieheinheitenschlüssel im Steuerrecht - Rechtliche Aspekte und betriebswirtschaftliche Konsequenzen der Gewerblichkeit in der Tierhaltung
1103	Göser, Tim, Lilli Schroeder u. Christian Klapp	Agrarumweltprogramme: (Wann) lohnt sich die Teilnahme für landwirtschaftliche Betriebe?
1104	Plumeyer, Cord-Herwig, Friederike Albersmeier, Maximilian Freiherr von Oer, Carsten H. Emmann u. Ludwig Theuvsen	Der niedersächsische Landpachtmarkt: Eine empirische Analyse aus Pächtersicht
1105	Voss, Anja u. Ludwig Theuvsen	Geschäftsmodelle im deutschen Viehhandel: Konzeptionelle Grundlagen und empirische Ergebnisse
1106	Wendler, Cordula, Stephan von Cramon-Taubadel, Hardwig de Haen, Carlos Antonio Padilla Bravo u. Samir Jrad	Food security in Syria: Preliminary results based on the 2006/07 expenditure survey
1107	Prehn, Sören u. Bernhard Brümmer	Estimation Issues in Disaggregate Gravity Trade Models
1108	Recke, Guido, Ludwig Theuvsen, Nadine Venhaus u. Anja Voss	Der Viehhandel in den Wertschöpfungsketten der Fleischwirtschaft: Entwicklungstendenzen und Perspektiven
1109	Prehn, Sören u. Bernhard Brümmer	“Distorted Gravity: The Intensive and Extensive Margins of International Trade”, revisited: An Application to an Intermediate Melitz Model

2012

1201	Kayser, Maike, Claudia Gille, Katrin Suttorp u. Achim Spiller	Lack of pupils in German riding schools? – A causal-analytical consideration of customer satisfaction in children and adolescents
1202	Prehn, Sören u. Bernhard Brümmer	Bimodality & the Performance of PPML
1203	Tangermann, Stefan	Preisanstieg am EU-Zuckermarkt: Bestimmungsgründe und Handlungsmöglichkeiten der Marktpolitik
1204	Würriehausen, Nadine, Sebastian Lakner u. Rico Ihle	Market integration of conventional and organic wheat in Germany
1205	Heinrich, Barbara	Calculating the Greening Effect – a case study approach to predict the gross margin losses in different farm types in Germany due to the reform of the CAP
1206	Prehn, Sören u. Bernhard Brümmer	A Critical Judgement of the Applicability of ‘New New Trade Theory’ to Agricultural: Structural Change, Productivity, and Trade
1207	Marggraf, Rainer, Patrick Masius u. Christine Rumpf	Zur Integration von Tieren in wohlfahrtsökonomischen Analysen



Diskussionspapiere

2000 bis 31. Mai 2006:

Institut für RURALE ENTWICKLUNG

Georg-August-Universität, Göttingen)

Ed. Winfried Manig (ISSN 1433-2868)

32	Dirks, Jörg J.	Einflüsse auf die Beschäftigung in nahrungsmittelverarbeitenden ländlichen Kleinindustrien in West-Java/Indonesien, 2000
33	Keil, Alwin	Adoption of Leguminous Tree Fallows in Zambia, 2001
34	Schott, Johanna	Women's Savings and Credit Co-operatives in Madagascar, 2001
35	Seeberg-Elberfeldt, Christina	Production Systems and Livelihood Strategies in Southern Bolivia, 2002
36	Molua, Ernest L.	Rural Development and Agricultural Progress: Challenges, Strategies and the Cameroonian Experience, 2002
37	Demeke, Abera Birhanu	Factors Influencing the Adoption of Soil Conservation Practices in Northwestern Ethiopia, 2003
38	Zeller, Manfred u. Julia Johannsen	Entwicklungshemmnisse im afrikanischen Agrarsektor: Erklärungsansätze und empirische Ergebnisse, 2004
39	Yustika, Ahmad Erani	Institutional Arrangements of Sugar Cane Farmers in East Java – Indonesia: Preliminary Results, 2004
40	Manig, Winfried	Lehre und Forschung in der Sozialökonomie der Ruralen Entwicklung, 2004
41	Hebel, Jutta	Transformation des chinesischen Arbeitsmarktes: gesellschaftliche Herausforderungen des Beschäftigungswandels, 2004
42	Khan, Mohammad Asif	Patterns of Rural Non-Farm Activities and Household Access to Informal Economy in Northwest Pakistan, 2005
43	Yustika, Ahmad Erani	Transaction Costs and Corporate Governance of Sugar Mills in East Java, Indonesia, 2005
44	Feulefack, Joseph Florent, Manfred Zeller u. Stefan Schwarze	Accuracy Analysis of Participatory Wealth Ranking (PWR) in Socio-economic Poverty Comparisons, 2006



Die Wurzeln der **Fakultät für Agrarwissenschaften** reichen in das 19. Jahrhundert zurück. Mit Ausgang des Wintersemesters 1951/52 wurde sie als siebente Fakultät an der Georgia-Augusta-Universität durch Ausgliederung bereits existierender landwirtschaftlicher Disziplinen aus der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät etabliert.

1969/70 wurde durch Zusammenschluss mehrerer bis dahin selbständiger Institute das **Institut für Agrarökonomie** gegründet. Im Jahr 2006 wurden das Institut für Agrarökonomie und das Institut für RURale Entwicklung zum heutigen **Department für Agrarökonomie und RURale Entwicklung** zusammengeführt.

Das Department für Agrarökonomie und RURale Entwicklung besteht aus insgesamt neun Lehrstühlen zu den folgenden Themenschwerpunkten:

- Agrarpolitik
- Betriebswirtschaftslehre des Agribusiness
- Internationale Agrarökonomie
- Landwirtschaftliche Betriebslehre
- Landwirtschaftliche Marktlehre
- Marketing für Lebensmittel und Agrarprodukte
- Soziologie Ländlicher Räume
- Umwelt- und Ressourcenökonomik
- Welternährung und rurale Entwicklung

In der Lehre ist das Department für Agrarökonomie und RURale Entwicklung führend für die Studienrichtung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus sowie maßgeblich eingebunden in die Studienrichtungen Agribusiness und Ressourcenmanagement. Das Forschungsspektrum des Departments ist breit gefächert. Schwerpunkte liegen sowohl in der Grundlagenforschung als auch in angewandten Forschungsbereichen. Das Department bildet heute eine schlagkräftige Einheit mit international beachteten Forschungsleistungen.

Georg-August-Universität Göttingen
Department für Agrarökonomie und RURale Entwicklung
Platz der Göttinger Sieben 5
37073 Göttingen
Tel. 0551-39-4819
Fax. 0551-39-12398
Mail: biblio1@gwdg.de
Homepage : <http://www.uni-goettingen.de/de/18500.html>